

Gute Betreuungsangebote für alle Kinder – ein Beitrag zur frühkindlichen Förderung



überarbeitete Neuauflage

DIE LINKE.

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

In der Bundesrepublik profilieren sich derzeit nahezu alle Parteien mit Vorhaben zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung. In den letzten Jahren wurden gleich mehrere Gesetze dazu beschlossen. Die Rolle frühkindlicher Bildung ist in der gesellschaftlichen Debatte und unter den politischen Akteurinnen und Akteuren aber durchaus nicht unumstritten. Unser Ziel ist die Herstellung der Chancengleichheit für alle Kinder beim Zugang zu Bildung und die Sicherung der besten Bedingungen für die altersgerechte Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit. Kinder lernen vom ersten Lebenstage an. Viele Grundvoraussetzungen, die Welt zu begreifen, entwickeln sich schon vor den dritten Lebensjahr. Auch die ersten sozialen Kontakte haben Kinder in dieser Zeit. Darum steht DIE LINKE für einen Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung für Kinder vom ersten Lebensjahr an. Wir verbinden diese Forderung mit klaren Vorstellungen über die Qualität von Bildung in der gesamten Zeit vor der Schule.

Die Versorgung mit Plätzen in Kindertagesstätten ist, insbesondere für die unter Dreijährigen, nach wie vor mangelhaft, auch Ganztagsangebote stehen insgesamt nur ungenügend zur Verfügung. Darüber hinaus ist die Qualität der Kinderbetreuung vielerorts verbesserungswürdig, ebenso wie die pädagogischen Standards und die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher. Das Agieren der Bundespolitik geht uns nicht weit genug und zum Teil in die falsche Richtung.

Die Partei DIE LINKE hat auf ihrem Gründungsparteitag darum eine Kita-Kampagne beschlossen, die zum Ziel hat, die Debatte über die Notwendigkeit frühkindlicher Bildung zu befördern und die Betreuungssituation vor Ort zu verbessern. Dazu dient auch diese Broschüre, in der wir unsere Auffassung zu frühkindlicher Bildung darstellen. Wir möchten mit Ihnen dazu ins Gespräch und in den Meinungs austausch kommen.

*Ulrike Zerhau
Stellvertretende Parteivorsitzende*

*Marc Mulia
Mitglied des Parteivorstandes*

*Rosemarie Hein
Mitglied des Parteivorstandes*

Gute Betreuungsangebote für alle Kinder – ein wichtiger Beitrag zur frühkindlichen Förderung und zur sozialen Integration – Standpunkte der Partei DIE LINKE

Günstige Entwicklungsbedingungen für alle Kinder in ihren ersten Lebensjahren sind eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung wirklicher Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur. Bereits im frühen Kindesalter werden wichtige Weichen dafür gestellt, wie Lebenspläne reifen und realisiert werden können.

Daraus erwächst eine große Verantwortung nicht nur für die Eltern, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes muss besser dafür sorgen, dass die notwendigen Voraussetzungen für eine optimale Entwicklung der Kinder geschaffen werden können.

1. In Deutschland ist mit Hartz IV die Kinderarmut auf Rekordniveau angestiegen.

Das Armutsrisiko verbindet sich in erschreckendem Maße mit Kindern. Nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes aus dem Jahre 2007 hat sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Alter bis zu 15 Jahren, die auf Sozialhilfeniveau leben, auf mehr als 1,9 Millionen Betroffene erhöht. Laut Kinder-Report 2007 des Deutschen Kinderhilfswerkes ist inzwischen jedes sechste Kind im Alter unter 7 Jahren auf Sozialleistungen angewiesen. Das Armutsrisiko wächst zunehmend auch für Familien bisher mittlerer Statusgruppen.

Die Logik, dass Reich immer reicher und Arm immer ärmer wird, muss aufgebrochen werden.

Wenn das vermeintlich gesellschaftlich Normale nicht mehr bezahlbar wird, führt das gerade für Kinder zu erheblichen Problemen. Für viele ist Armut mit dem Ausschluss von sozialer und kultureller Teilhabe in unserer Gesellschaft verbunden. Es ist mit Einschränkungen der Mobilität und der Gesundheit verbunden und führt teilweise auch zur sozialen Isolation. Kinder können durch den Ausschluss aus der Gesellschaft psychosomatische Beschwerden entwickeln, die einhergehen mit Depressionen oder Aggressionen. Gesundheitliche Risiken

sind für diese Kinder statistisch erwiesen deutlich größer. Die soziale Spaltung der Gesellschaft spiegelt sich hier nachdrücklich wider. Bildungschancen werden stark eingeschränkt, Zukunftsperspektiven nachhaltig zerstört.

Kinderarmut ist kein Generationenproblem und nicht alleine ein Problem der Umverteilung zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit Kindern und denjenigen ohne Kinder, es ist ein Problem der Gesellschaft. Die unterschiedliche Partizipation von Kindern an Kultur und Bildung schon im frühen Alter, die unterschiedlichen Milieus, in denen sie aufwachsen, der unterschiedliche Grad von Wärme und Zuwendung, die sie erfahren, wirken weit in ihre Lebenschancen hinein und drohen immer mehr, ihrerseits die soziale Spaltung der Gesellschaft zu vertiefen.

Der umfassenden vorschulischen Förderung von Kindern durch Angebote der Bildung, Erziehung und Betreuung wird in den letzten Jahren von Öffentlichkeit und Wissenschaft wachsendes Interesse entgegengebracht. Für DIE LINKE ist die umfassende Förderung im frühen Kindesalter, die Stärkung der Bildungs- und Selbstbildungsbedürfnisse, seit Jahren von zentraler politischer Bedeutung. Neue wissenschaftliche Ergebnisse belegen die emanzipatorische Bedeutung der bereits im frühen Kindesalter einsetzenden Förderung für die individuellen Entwicklungschancen. Heute gibt es einen deutlich breiteren gesellschaftlichen Konsens darüber, dass Kinder bereits von Geburt an lernen, dass darum der Bildung im Vorschulalter und bereits im Alter unter drei Jahren große Bedeutung für die gesamte Persönlichkeitsentwicklung zukommt. Gewachsen ist auch die Einsicht, dass in Deutschland Politik und Gesellschaft deutlich größere Anstrengungen dafür unternehmen müssen.

2. Der Anspruch auf umfassende Förderung ist ein Recht des Kindes.

In Übereinstimmung mit der UN-Konvention über die Rechte des Kindes, insbesondere des Artikels 3 und dem § 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, ist es für DIE LINKE ein verpflichtendes Gebot, dass alle Kinder das Recht auf umfassende Förderung haben und an Bildung und Erziehung in Gemeinschaft mit anderen Kindern auf freiwilliger Grundlage teilhaben können. Das muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und unabhängig davon gewährt werden, inwieweit die Erziehungsberechtigten

zeitlich und sachlich in der Lage sind, die Betreuung, Bildung und Erziehung selbst zu gewährleisten. Wir sprechen uns für den flächendeckenden Ausbau von Kindertagesstätten aus. Eltern sollen sich ganz bewusst für die Förderung ihres Kindes in einer Kindertagesstätte entscheiden können – ohne Zugangsbeschränkung und Bedarfsprüfung. Jedes Kind muss vom ersten Lebensjahr an einen Ganztagsplatz beanspruchen können. Das neue von der Bundesregierung vorgelegte Kinderförderungsgesetz bleibt, wie das SGB VIII insgesamt, hinter diesen Ansprüchen meilenweit zurück. Dennoch ist es zunächst geboten, die derzeit geltenden bundesrechtlichen Regelungen zum Ausbau der Kinderbetreuung nach Geist und Buchstaben konsequenter umzusetzen als das in vielen Bundesländern und Kommunen bisher passiert.

3. Kindertagesstätten sollen einen aktiven Beitrag zu Bildung, Erziehung und Betreuung leisten. Sie sind qualitativ weiter zu entwickeln.

Wenn Kindertagesstätten ihrer Verantwortung für soziale Chancengleichheit und Integration gerecht werden sollen, müssen sie nach Meinung der Partei DIE LINKE ihren eigenständigen und aktiven Beitrag zu Bildung, Erziehung und Betreuung und damit zur Förderung der ihnen anvertrauten Kinder leisten. Vorschulische Bildung und Erziehung stellt dabei keinen Widerspruch dar zu einem liebevollen Elternhaus, sondern ist die gesellschaftlich notwendige Ergänzung, um soziales und kognitives Lernen, Erleben und Gemeinschaft zu ermöglichen. Kindertagesstätten sollen nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen, sondern sich als Bildungs- und Erziehungseinrichtungen in Partnerschaft zu den Eltern profilieren. Die Förderung durch Bildung, Erziehung und Betreuung sind dabei im Zusammenhang zu sehen. DIE LINKE setzt sich für die Erarbeitung und Umsetzung flexibler an der Entwicklung der Kinder orientierter Bildungspläne für den Vorschulbereich in den Ländern ein.

In unserem Verständnis von Bildung und Erziehung im frühen Kindesalter wollen wir konsequent vom Kind, seinen sich entwickelnden Interessen und Bedürfnissen ausgehen. Jedes Kind ist einzigartig. Jedes will Schritt für Schritt auf individuelle Art und Weise die Welt begreifen und mitgestalten lernen. Erwachsene müssen lernen, Kinder ernst zu nehmen, ihnen Räume zu öffnen, in denen sie spielen, lernen und ihre Freundschaften gestalten können und Geborgenheit finden. So kann das Kind im Dialog mit Erwachsenen und gemeinsam

mit anderen Kindern seinen Zugang zur Welt finden, sein Wissen von ihr und der eigenen Person entwickeln, sich als soziales Wesen begreifen lernen und die Strukturen seines Denkens entfalten.

DIE LINKE setzt sich für die gemeinsame Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ein, unabhängig davon, ob sie behindert oder nicht behindert sind, ob deutscher oder anderer Muttersprache und unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Aufgabe von Kindertagesstätten ist es, Benachteiligungen früh zu erkennen und auszugleichen, die besonderen Talente jedes Kindes zu entdecken und ihnen Raum zur Entfaltung zu geben.

Neben der Förderung der kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten ist die Ausbildung von Gefühlen, Kreativität und Phantasie entscheidend.

Im Angebot von Kindereinrichtungen soll ein gesundes warmes Mittagessen vorhanden sein, woran alle Kinder teilnehmen können. Auch eine altersentsprechende Gesundheitserziehung und -vorsorge sollte in den Einrichtungen selbstverständlich werden. Kinder sollen lernen, wie man sich gesund ernähren kann.

Zu einer Kindereinrichtung, in der sich Kinder wohl fühlen, gehören auch vielfältige Möglichkeiten zur Bewegung, zu Sport und Spiel, wie Räume zur Besinnung und Erholung.

Von Kindereinrichtungen müssen Kinder Besitz ergreifen, sie mitgestalten können. Das verlangt Ideenreichtum im Umgang mit dem Vorhandenen, eine kluge Architektur, in der Neues entsteht, und eine pädagogisch sinnvolle Ausstattung.

4. Die Rahmenbedingungen für eine hohe pädagogische Qualität der Kinderbetreuung müssen gesichert werden.

Gute Rahmenbedingungen in der Kinderbetreuung müssen sowohl den Kindern gerecht werden, als auch den Eltern und den Beschäftigten, insbesondere den Erzieherinnen und Erziehern. Hierzu gehören neben dem Ausbau der Öffnungszeiten und der Festlegung von Mitbestimmungsrechten von Eltern, auch die angemessene Bezahlung des Personals und deren verbesserte arbeitsrechtliche Bedingungen.

DIE LINKE plädiert dafür, dass eine pädagogische Fachkraft nicht mehr als vier Kinder unter drei Jahren gleichzeitig betreuen sollte. Für Drei- bis Sechsjährige empfehlen wir, dass eine pädagogische Fachkraft nicht mehr als neun Kinder gleichzeitig

betreut. Um diesen Anspruch an die Qualität in der Betreuung und Bildung zu erfüllen, muss über entsprechend ausgebildetes Personal verfügt werden.

DIE LINKE tritt dafür ein, schrittweise das Qualifikationsniveau der pädagogischen Fachkräfte anzuheben. Deshalb schlägt DIE LINKE vor, die Inhalte der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften den gewachsenen Anforderungen anzupassen und das Niveau der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern für Kindertageseinrichtungen auf Hochschulniveau anzuheben. Modelle in einigen Bundesländern, die ErzieherInnen-Ausbildung in einem ersten Schritt auf Fachhochschulniveau zu organisieren, unterstützen wir. Der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers soll aus einer gewissen Perspektivlosigkeit herausgeführt, Brücken zwischen Berufsausbildung und Hochschulausbildung sollen geschlagen werden.

DIE LINKE tritt darüber hinaus für den Ausbau der Fort- und Weiterbildungsangebote und des Erfahrungsaustauschs ein. Dazu müssen finanzielle Mittel und ein angemessener Zeitfonds innerhalb der wöchentlichen Arbeitszeit zur Verfügung stehen. Für die Arbeit in den Einrichtungen braucht es ein pädagogisches Beratungs- und Unterstützungssystem, Möglichkeiten für Konsultationen und Erfahrungsaustausch, eine Kultur der externen und internen Evaluierung.

Qualitätsstandards sollen für alle öffentlichen Angebote der vorschulischen Förderung gelten, gleich ob in Kindertagesstätten, bei Tagesmüttern, in Kinderkreisen oder anderen Formen.

5. Kita, Schule und Eltern sollen enger zusammenrücken.

Das Zusammenwirken der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe, die Koordination der verschiedenen Verantwortungsebenen, soll verbessert werden. Das gilt auch für das konkrete Miteinander von Eltern, Kindertagesstätte, Schule und Jugendhilfe vor Ort.

Vor allem in der Arbeit im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung soll mit den Grundschulen enger zusammengearbeitet werden, ohne der Gefahr der Verschulung der Bildungsarbeit im Kindergarten zu erliegen.

Vielmehr muss sich auch die Schule verändern. Sie muss sich auf die Kinder einstellen und sie dort abholen, wo sie in ihrer individuellen Entwicklung stehen. Die in einigen Ländern praktizierten flexiblen Schuleingangsphasen müssen so ausgestaltet und ausgestattet sein, dass sie in der Lage sind, die Chancengleichheit der Kinder zu verbessern und die Grund-

lagen für den Schulerfolg jedes Kindes zu legen. Ziel ist es dabei, Kinder mit unterschiedlichen Lernausgangslagen in einem Zeitraum von ein bis drei Jahren ohne die Gefahr des Sitzenbleibens individuell soweit zu fördern, dass sie erfolgreich in die dritte Klasse wechseln können.

6. Ein bedarfsgerechtes Netz von Kindertagesstätten in Stadt und Land ist nötig.

Um all diese Aufgaben gut erfüllen zu können, braucht es flächendeckend niveauvolle, vielfältige und gut erreichbare wie bedarfsgerechte Angebote zur Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder. DIE LINKE präferiert öffentlich finanzierte institutionelle Angebote der Kinderbetreuung kommunaler oder frei gemeinnütziger Träger. Doch finden die Angebote von Tagesmüttern und Tagesvätern, die über eine den Fachkräften in den Kindereinrichtungen vergleichbare Ausbildung verfügen, als ergänzende oder von den Eltern gewählte Angebote genauso einen anerkannten Platz wie betriebliche Kindergärten.

Wichtig ist, dass alle vorschulischen Tageseinrichtungen nach gleichen Qualitätskriterien arbeiten und dem Anspruch der Kinder und Eltern gerecht werden. Dafür tragen Länder und Kommunen die Verantwortung.

DIE LINKE wendet sich gegen alle Bestrebungen der Kommerzialisierung der Jugendhilfe. In diesem Kontext spricht sie sich dagegen aus, Angebote privat gewerblicher Träger den Kitas kommunaler und gemeinnütziger freier Träger gleichzustellen und gewinnorientierten Anbietern einen Anspruch auf öffentliche Zuschüsse einzuräumen.

Deshalb lehnt DIE LINKE ein Kinderförderungsgesetz ab, das die Gemeinnützigkeit als Voraussetzung für die Förderung von Trägern von Kindereinrichtungen aufhebt und damit einem Gewinn- und Konkurrenzdenken in der Kinder- und Jugendhilfe Platz schafft. Bildung und Erziehung sind keine profitorientierten Waren und dürfen deshalb auch nicht dem Markt überlassen werden. Sie gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge, auf die alle Kinder und ihre Familien einen Rechtsanspruch haben. Chancengleichheit und hohe Qualität der Bildungsarbeit müssen in staatlicher Verantwortung gewährleistet werden.

Für die gesamte Bundesrepublik trifft immer noch zu, dass die Aufwendungen für die frühkindliche Entwicklung hinter

den Standards der OECD-Länder deutlich zurückbleiben. Noch 17 Jahre nach der deutschen Einheit haben Kinder in Ost und West sehr unterschiedliche Möglichkeiten, Bildungsangebote im frühen Kindesalter nutzen zu können. Zwar liegt der Versorgungsgrad mit Kindertagesstättenplätzen für die Drei- bis Sechsjährigen in den westlichen Bundesländern inzwischen bei 80 bis 90 Prozent aber weniger als ein Viertel davon wird als Ganztagsplatz angeboten. Während in den östlichen Bundesländern für fast 40 Prozent der unter Dreijährigen ein Platz zur Verfügung steht, haben im Westen nur ca. 10 Prozent der Kinder dieses Alters eine solche Chance. Wenn bis zum Jahre 2013 für alle Kinder in Ost und West ein bedarfsgerechtes Angebot aufgebaut und ab 2013 auch ein Rechtsanspruch für unter Dreijährige gewährleistet werden soll, muss es erhebliche Anstrengungen insbesondere in den westlichen Bundesländern geben. In den neuen Bundesländern gibt es immer noch ein relativ dichtes Einrichtungsnetz. Es steht im Wesentlichen solide qualifiziertes Personal mit einem reichen Erfahrungsschatz zur Verfügung. Darüber hinaus kann auf verbreitete Akzeptanz von Bildungsangeboten in Kindereinrichtungen und auf frühere Bildungskonzepte für den Kindergarten zurückgegriffen werden. Allerdings haben sich die zunehmenden Defizite in den öffentlichen Haushalten der Länder und Kommunen auch hier negativ auf die Angebotsstruktur ausgewirkt.

Auch wenn in den alten Bundesländern oft noch ein erheblicher Mangel an bedarfsgerechten Angeboten der Tagesförderung besteht, hat sich vielfach über lange Jahre eine große Trägervielfalt herausgebildet.

Diese Angebote sind oft mit einem großen Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, einem hohem Grad der Identifikation mit ihren Einrichtungen und der Entwicklung und Erprobung verschiedener pädagogischer Konzepte verbunden. Dieses Engagement achten wir. Das entlässt jedoch Bund, Länder und Kommunen keinesfalls aus ihrer Verantwortung beim Aufbau eines bedarfsgerechten Angebots in der Kinderbetreuung.

Es ist sinnvoll, die pädagogischen Erfahrungen aus West und Ost zusammenzuführen. Im gesamtdeutschen Kontext sehen wir den Schwerpunkt in der Weiterentwicklung leistungsfähiger Angebotsstrukturen in den westlichen Bundesländern und die Sicherung und Weiterentwicklung der quantitativ und qualitativ noch bestehenden Struktur der Tagesbetreuung und der Ausweitung des Rechtsanspruches – auch in den neuen Bundesländern.

Für erforderlich halten wir den fachlich-konstruktiven Dialog über die Erfahrungen der Elementarpädagogik in den alten und neuen Bundesländern.

DIE LINKE setzt dabei vor allem auf Angebote in Kindertagesstätten.

Derzeit gibt es in Berlin, Thüringen und Rheinland-Pfalz Absichten, den bestehenden Rechtsanspruch zu erweitern. Das Kinderförderungsgesetz soll mit einem entsprechenden Rechtsanspruch erst 2013 greifen. Das ist uns zu spät. Auch Kinder die jetzt und in den nächsten Jahren geboren werden, brauchen solche qualifizierten Angebote! Wir halten es für erforderlich, den Rechtsanspruch zum einen bereits für Kinder unter drei Jahren zu gewähren und zum anderen schrittweise als Ganztagsanspruch auszubauen.

7. Gute vorschulische Förderung erfordert verlässliche öffentliche Finanzierung.

Das finanzielle Engagement in der Bundesrepublik auf dem Gebiet frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung muss insgesamt erhöht werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Anschluss an das Niveau anderer erfolgreicher europäischer Länder gefunden wird. An der Erweiterung und Ausgestaltung der Angebote im frühen Kindesalter müssen sich Bund, Länder und Kommunen stärker beteiligen. Es ist das längerfristige Ziel der Partei DIE LINKE, dass diese Angebote schrittweise, beginnend mit einem Vorschuljahr und der Hortbetreuung, unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Einige Bundesländer haben damit bereits begonnen.

Hohe Priorität hat für uns auch die Bereitstellung eines kostenlosen, zumindest aber bezahlbaren Mittagessens, das die gesunde Entwicklung und die Leistungsfähigkeit der Kinder fördert.

Durch Zuschüsse oder vollständige Übernahme der Kosten muss kurzfristig auch armen Kindern die Teilnahme am Mittagessen gewährleistet werden. Dessen Finanzierung ist heute für nicht wenige Eltern ein Hinderungsgrund, ihren Kindern das gemeinsame Lernen in Kindereinrichtungen zu ermöglichen. Sie nehmen deshalb entweder die Nachmittagsbetreuung nicht in Anspruch oder geben ihre Kinder erst gar nicht in eine Kindereinrichtung. Langfristig sind wir für ein kostenloses Essenangebot in den Kindereinrichtungen.

Mit öffentlichen Mitteln muss ein enges Netz bedarfsgerechter Angebote finanziert werden, das vom ersten Lebensjahr an in ganz Deutschland allen Kindern in hoher Qualität zur Verfügung

steht. Bund, Länder und Kommunen dürfen sich darum, auch unter Berufung auf das Subsidiaritätsprinzip, dieser Verantwortung nicht entziehen.

Angebote öffentlicher und unterschiedlicher freier Träger sollen den Eltern ein Wunsch- und Wahlrecht garantieren. Ziel ist es, dass bundes- und europaweit vergleichbare, qualitativ hochstehende Standards der Bildungsqualität erreicht werden. Der Anteil höher qualifizierten Personals muss schrittweise gesteigert werden und Mittel zur Qualitätssicherung, für pädagogische Beratungs- und Unterstützungssysteme sowie für die Fort- und Weiterbildung des Personals müssen ausreichend zur Verfügung stehen.

8. Familien müssen gestärkt werden.

DIE LINKE geht von einem modernen Familienbild aus, das alle Formen des Zusammenlebens mit Kindern umfasst: Neben den traditionellen Familien gehören vielfältige Formen von Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende dazu. Wir erachten es für eine wichtige Aufgabe, Erziehende bei der Bildung, Erziehung und Betreuung ihrer Kinder zu unterstützen, damit sie ihr hohes Recht und ihre große Verantwortung, die im Grundgesetz verankert sind, wahrnehmen können. Vor allem diejenigen, die mit Kindern leben, die Verantwortung für ihr Aufwachsen übernommen haben, brauchen in erster Linie soziale Sicherheit und die Perspektive einer lohnenden Entwicklung für die ganze Familie. Gleichzeitig erwarten immer mehr Familien kompetenten Rat und Hilfe zu Erziehungs-, Bildungs- und Lebensfragen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Förderung von Kindern zu richten, die in zwei oder mehr Kulturen aufwachsen. Hier ist die Arbeit mit den Eltern sowie dem gesamten Umfeld des Kindes von großer Bedeutung.

Kindertageseinrichtungen nehmen hier eine verantwortungsvolle Aufgabe wahr. Für all das sind qualifizierte und gut erreichbare öffentliche Angebote nötig.

DIE LINKE hält es darüber hinaus für geboten, Angebote für Kinder auch in einer solchen Form vorzuhalten, dass Väter und Mütter und alle, die mit Kindern zusammenleben, nicht nur ihre Aufgaben in einer zunehmend flexibilisierten Arbeitswelt erfüllen, sondern auch sozial, politisch und kulturell an der Gesellschaft teilhaben können. Dazu sind flexible Angebote, Angebote auch außerhalb der üblichen Betreuungszeiten, bedarfsgerecht auszubauen. Gleichzeitig sind die Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen, Beschäftigten, die Kinder erziehen, familienfreund-

liche Arbeitszeiten einzuräumen. Die Politik muss die Rechte von erwerbstätigen Müttern und Vätern stärken. Das betrifft sowohl einen erweiterten Kündigungsschutz als auch die Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit.

9. Wir unterstützen breite Bündnisse für ein kinderfreundliches Land.

Ob in Regierungsverantwortung oder in der Opposition trägt die Partei DIE LINKE dazu bei, Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern eine hohe Priorität zu geben. Sie nutzt ihre Möglichkeiten, die Arbeit der Jugendhilfe auf Landes- und kommunalpolitischer Ebene zu verbessern, Jugendhilfe und Bildungsbereich enger miteinander zu verbinden, Lösungswege für brennende Probleme zu finden und über Ländergrenzen hinweg zu propagieren. DIE LINKE initiiert und unterstützt breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich für die qualitative Entwicklung und den Ausbau von öffentlichen Angeboten zur Förderung von Kindern engagieren. Das schließt kritische Positionen zu konkreten Forderungen einzelner Bündnispartner nicht aus. Sie tritt entschieden den neoliberalen Reformbestrebungen entgegen, die sozial Benachteiligte und vor allem Kinder schon früh soziale Notlagen und Konflikte spüren lassen und sie ausgrenzen. Die Partei DIE LINKE verbündet sich mit allen, denen gute Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder in Wort und Tat am Herzen liegen. Dazu gehören in erster Linie Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Sie tritt auch dafür ein, dass Kinder selbst gehört werden, sich artikulieren können und ihr junges Leben demokratisch mitgestalten.

DIE LINKE hat mit ihrer Gründung eine Kita-Kampagne für bessere Kinderbetreuungsangebote vor Ort beschlossen. Mit unseren Vorstellungen vom Wert frühkindlicher Bildung und der Absicherung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Väter und Mütter wollen wir mit anderen gesellschaftlichen Kräften ins Gespräch kommen und gemeinsam in den Ländern und vor Ort um bessere Lösungen ringen.

Helfen Sie mit Ihrer Spende, Neues entstehen zu lassen!

Spendenkonto 50 00 60 00 00
Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
BLZ 100 900 00, Berliner Volksbank
Stichwort: Spende

Bitte geben Sie Namen und Adresse an.
Auf Wunsch stellen wir eine Spendenbescheinigung aus.
<http://spenden.die-linke.de>



Gestalten Sie Politik! Werden Sie Mitglied in der Partei DIE LINKE.

Egal, ob in Ortsverbänden oder Zusammen-
schlüssen, auf Landes- oder Bundesebene,
engagieren Sie sich für eine gerechte, soziale
und friedliche Politik in Deutschland!
<http://mitglied.die-linke.de>



Jeden Monat neu – das Mitgliedermagazin.

Erfahren Sie in interessanten Reportagen
und Berichten mehr über die Partei
DIE LINKE, ihre Politik, AkteurInnen und
Projekte. Halbjährlich für 12,00 EUR,
das Jahresabonnement für 21,60 EUR.

<http://disput.die-linke.de>



Kontakt: DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon 030/24 00 92 36, Telefax 030/24 00 95 41

Impressum

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE

AG Bildungspolitik

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

E-Mail: partei.vorstand@die-linke.de

Stand: Mai 2008

Gedruckt auf profimatt, umweltfreundlichem Bilderdruckpapier
aus forstzertifizierter Herstellung.

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name

Vorname

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum

Unterschrift



Einzugsermächtigung

Mit dieser Einzugsermächtigung ist der Parteivorstand der Partei DIE LINKE /
der Landesverband der Partei DIE LINKE _____
bis auf Widerruf berechtigt,
meinen ab _____
fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE
in Höhe von _____ Euro und
meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai
in Höhe von _____ Euro (Mindestbetrag 6 Euro) von unten stehendem Konto abzubuchen.

Name, Vorname des Mitglieds _____

Geburtsdatum _____

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) _____

Landesverband _____

Gebietsverband _____

Bankleitzahl _____

Kontonummer _____

Name und Ort des Geldinstituts _____

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied) _____

Ort und Datum _____

Unterschrift des Mitglieds _____

Bitte bei der zuständigen Gliederung abgeben oder einsenden an:

Parteiivorstand der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

www.die-linke.de



Überreicht durch: